



## Bodengutachten Rieselfelder: Welche Aussagekraft haben die Ergebnisse?

Das Interesse der Spandauerinnen und Spandauer war groß: Mit nahezu 200 Gästen war der Bürgersaal im Spandauer Rathaus am 16. Januar 2013 fast bis auf den letzten Platz gefüllt.

Nach dem vorerst abgeblasenen Verkauf der Rieselfelder an einen Gastronomen wollten viele wissen, wie es mit der großen ehemaligen Flüssig-Müllkippe an der Potsdamer Chaussee weitergeht und wie stark der Boden wirklich verunreinigt ist. Daher hatte das Bezirksamt zu einer Bürger/innen-Versammlung eingeladen, auf der erste Ergebnisse des von den Berliner Wasserbetrieben beauftragten Bodengutachtens vorgestellt wurden.

### Bodenbelastung

Die Zwischenergebnisse des Gutachtens lassen sich zu drei wesentlichen Punkten zusammenfassen:

1. Von 97 untersuchten Stoffen weisen 5 eine erhöhte Konzentration auf einigen Rieselfeldtafeln auf: Blei, Cadmium, Nickel, Quecksilber und Zink.

2. Jegliche künstliche Bewässerung der Rieselfelder ist nach Auskunft der Berliner Wasserbetriebe auch weiterhin ausgeschlossen.

3. Die Stadtgüter GmbH hält die Flächen für bewirtschaftbar und hat Interesse, die Rieselfelder zu übernehmen.

### Kritik an

#### Untersuchungsmethoden

Die zur Untersuchung verwendeten Mischproben führten jedoch zur Kritik von anwesenden Gästen. Jede der untersuchten Rieselfeldtafeln wird in zwei Hälften geteilt. Aus jeder Hälfte werden 25 Einzelproben aus einer Tiefe von 30 cm entnommen und zu einer Mischprobe zusammengefasst. Bodenuntersuchungen auf anderen ehemaligen Rieselfeldern in Brandenburg hätten aber gezeigt, dass die Konzentration von Schadstoffen auf einer einzigen Rieselfeldtafel um ein Vielfaches voneinander abweichen kann, wenn man die Einzelproben untersucht.

Eine weitere Kritik war, dass die Proben offenbar nur von den Flächen, nicht aber von den Wällen und Böschungen entnommen wurden. Gerade



Rieselfelder Karolinenhöhe

Foto: Stachel

dort sei aber die Schadstoffkonzentration oft besonders hoch.

Im Lauf der Jahrzehnte wurden die Tafeln immer wieder gereinigt, indem feste Stoffe auf die Wälle geschoben wurden. Ein Vertreter des Bodengutachter-Büros bestätigte zwar die Aussagen. Die Schadstoffkonzentration sei an den Wällen höher. Dies könne er bestätigen, aber die Mengen lägen auch dort weit unterhalb der Grenzwerte.

### Wasserbetriebe schließen grundlegende Sanierung aus

Die Gefahr des Auswaschens von Schadstoffen in das Grundwasser ist einer der Hauptgründe für das Verbot der Bewässerung auf den Rieselfeldern. Schon heute haben verunreinigte Grundwasserströme die Havel unterquert und die Trinkwasserbrunnen am Charlottenburger Havelufer erreicht. Eine Bewässerung der Flächen zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Nutzung könnte diesen Prozess verstärken.

Nicht alle Gäste waren von dieser Argumentation überzeugt.

Da das Gelände nicht überdacht ist, führt auch Regen zu einer möglichen Auswaschung der Schadstoffe. Dies sei nicht zu verhindern, meinte eine Besucherin. Erforderlich sei daher eine grundlegende Bodensanierung. Dies lehnte der Pressesprecher der Wasserbetriebe, Stephan Natz, ab. Die Berlinerinnen und Berliner seien nicht bereit, bei einer nicht gegebenen Gefährdung die Kosten einer Sanierung zu tragen.

Gleiches gelte für den Vorschlag eines Vertreters des Arbeitskreises Gatow. Zum Schutz des Trinkwassers könnten die verunreinigten Grundwasserströme abgepumpt, aufbereitet und dann zur Bewässerung der landwirtschaftlichen Flächen verwendet werden, so die Idee. In-

Fortsetzung Seite 2

## Weitere Themen:

**Brandschutz in Spandauer Schulen**  
Seite 2

**19. März 1848 in Spandau**  
Seite 3

**Die CDU und die Fluglärmproblematik**  
Seite 4



# Bodengutachten Rieselfelder:

## Fortsetzung von Seite 1

teressant, erklärten die Wasserbetriebe, aber nicht finanzierbar.

### Bodengutachten als Verkaufsförderung?

Die Skepsis mancher Gäste der Bürger/innen-Versammlung über die bisherigen Ergebnisse war deutlich spürbar. Das Ergebnis, dass fast alles in Ordnung ist und die Schadstoffmengen viel geringer sind als erwartet, fördert die Verkaufschancen, vermutete ein Besucher.

In der Tat behindert es den Verkauf sicherlich nicht. Auf die Frage zur Zukunft des Betriebshofes erklärte das Bezirksamt, dass dieser für den Erhalt der Rieselfeld-Landschaft nicht erforderlich sei. Daher könne über eine betriebswirtschaftliche Lösung für den Betriebshof nachgedacht werden. Derzeit kann ein Käufer mit dem Gelände jedoch nichts machen, da hierfür ein reguläres Bebauungsplanverfahren nötig sei.

### Die Rolle der Stadtgüter GmbH und der Naturschutz

Die Stadtgüter GmbH bewirtschaftet nach Angaben ihres Geschäftsführers Peter Hecktor eine Fläche von rund 17.000 Hektar. Durch eine Ausweitung der land-

wirtschaftlichen Nutzung sowie als Fläche für naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen ließen sich die Rieselfelder seiner Ansicht nach bewirtschaften. Mit Verweis auf die Immobilienabteilung der Stadtgüter GmbH wollte ein Besucher



Eingang zum Betriebshof

Foto: Stachel

wissen, ob diese nach einer Übernahme Teile der Rieselfelder weiterverkaufen wollen. Dies wurde von Peter Hecktor verneint. Darüber hinaus seien die Stadtgüter gar nicht befugt, Flächen zu veräußern. Hierüber muss das Berliner Abgeordnetenhaus entscheiden.

### Teilflächen als Naturschutzgebiet?

Unterschiedliche Auffassungen über die

Ausweisung einzelner Flächen als Naturschutzgebiete scheint es zwischen der Stadtgüter GmbH und dem bezirklichen Naturschutzamt zu geben.

Während der Bezirk Naturschutzgebiete auf dem Gelände für möglich und sinnvoll hält, sind die Stadtgüter skeptisch. Ihrer Ansicht nach kann es nötig werden, Rieselfeldtafeln künftig zu kalken, um der Versauerung des Bodens entgegenzutreten. Durch die Versauerung sei ein weiteres Auswaschen von Schadstoffen in das Grundwasser möglich. Daher kann man die Flächen nicht einfach als Naturschutzgebiete sich selbst überlassen.

### Nächstes Ziel: Abschluss des Bodengutachtens

Im Laufe des Jahres 2013 soll das Bodengutachten endgültig abgeschlossen und der Öffentlichkeit präsentiert werden. Erst dann können konkrete Empfehlungen zur Nachnutzung des Geländes abgegeben werden. Bis dahin passiert wohl erst einmal nichts.

Eine Verkaufsentscheidung habe man noch nicht getroffen, so die Berliner Wasserbetriebe.

Spannend bleibt, inwieweit Landwirte, Naturschutzverbände und engagierte Bürgerinnen und Bürger vor Ort die bisherigen Ergebnisse und Untersuchungsmethoden akzeptieren werden.

## Brandschutz an Spandauer Schulen

### Bezirk zahlt für Bausünden der Vergangenheit



Hans-Carossa-Oberschule

Bei dem Thema Brandschutz an Spandauer Schulen gibt es eine gute und mindestens eine schlechte Nachricht. Zuerst die gute: In den vergangenen fünf Jahren wurde jede Spandauer Schule von der

Bau- und Wohnungsaufsicht überprüft. Der Bezirk ist damit seiner gesetzlichen Pflicht nachgekommen. In mehreren anderen Bezirken wurde dies nicht erreicht. Auf eine Anfrage der G A L - F r a k t i o n (Drucksache 0342/XIX) hin wurden die Protokolle der Be-

Foto: Stachel

gehungen vor kurzem vom Bezirksamt veröffentlicht. Daraus ergibt sich die schlechte Nachricht: In der Vergangenheit nicht erfüllte Bauauflagen wurden in mehreren Fällen erst in den letzten Jahren entdeckt. Die Kosten für

die dadurch erforderlichen baulichen Maßnahmen wie z. B. den nachträglichen Einbau breiterer Türen muss der Bezirk tragen, wie das Bezirksamt in der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur am 11. Dezember 2012 mitteilte.

Hans-Carossa-Oberschule, Landstadt Gatow: In der Baugenehmigung des 2001 fertig gestellten Gebäudes wurde eine Türenbreite von mindestens 1,01 Meter vorgeschrieben. Erst bei der Brandschutzbegehung 2010 wurde festgestellt, dass die Türen eine Breite von nur 86 cm haben. Bei Evakuierungsübungen an der Schule bildeten sich vor den Türen Schlangen. Nach Auskunft des Schulamtes wurden die Türen mittlerweile verbreitert. Doch wer für den Fehler verantwortlich ist, blieb offen. Die Gewährleistungspflicht der ausführenden Baufirmen ist nach 10 Jahren jedenfalls erloschen. Die Umbaukosten trug der Bezirk.

Ernst-Ludwig-Heim-Grundschule,  
Fortsetzung Seite 3

**Fortsetzung von Seite 2**

Grunewaldstraße: In der Baugenehmigung von 1979 wurde vorgeschrieben, aus dem Treppenraum des Gebäudes 2 einen direkten Ausgang ins Freie herzustellen. Dieser Vorgabe wurde nicht gefolgt, so dass eine „wesentliche Abweichung gegenüber der Baugenehmigung“ vorlag. Doch erst bei der Brandschutzbegehung im Mai 2011 fiel dies auf. Innerhalb von drei Monaten musste der zusätzliche Ausgang gebaut werden. Auch hier blieb der Bezirk auf den Kosten sitzen. Wer für den Fehler verantwortlich ist, wurde vom Bezirksamt nicht mitgeteilt.

Zumindest führte keiner der festgestellten Baumängel zu einer vorübergehenden Schließung einer Schule. Für einen Konsolidierungsbezirk wie Spandau sind die zusätzlichen Ausgaben zur Behebung der Mängel unbestritten erforderlich, aber sehr ärgerlich. Gerade bei einer vor erst 10 Jahren neu errichteten Schule muss



*E.-L.-Heim-Grundschule Foto: Stachel*

es doch möglich sein, den Verantwortlichen der unsachgemäßen Bau-Ausführung ausfindig zu machen. Die GAL-Fraktion wird hier weiter nachhaken.

Die Anfrage der GAL-Fraktion sowie die einzelnen Brandschutzprotokolle wurden auf den Internetseiten des Spandauer Bezirksamtes veröffentlicht:

<http://www.berlin.de/ba-spandau/bw-online/vo020.asp?VOLFDNR=6946&options=4>

### Impressum

Herausgeber: Verein zur Förderung  
alternativer Publizistik e.V.  
V.i.S.d.P.: Ernst John  
c/o Alternative Liste Spandau,  
Stachelredaktion, Jagowstr. 15,  
13585 Berlin,  
Tel.: 335 97 14 Fax: 336 02 73  
E-mail: ALSpandau@freenet.de

**Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder**

## 19. März 1848 Verlegung von über 500 inhaftierten Aufständischen auf die Zitadelle Spandau



*Spandauer Zitadelle*

*Foto: Stachel*

Nach der Niederschlagung der Revolution vom 18. März 1848 kam es in Berlin zu Massenverhaftungen und Misshandlungen durch das preußische Militär. Die Gefangenen wurden im Berliner Stadtschloss sowie im preußischen Kriegsministerium in der Leipziger Straße inhaftiert. Für den Morgen des 19. März 1848 hatte sich das Militär eine besondere Boshaftigkeit ausgedacht. Gegen 4 Uhr morgens begann man, rund 530 Gefangene zur Zitadelle Spandau zu treiben. Dort wurden sie den Rest des Tages festgehalten, bevor sie – ebenfalls zu Fuß – zurück nach Berlin laufen durften. König Friedrich Wilhelm IV hatte wohl aus taktischen Gründen eine Amnestie erlassen. Zwei Tage später verneigte er sich aus den selben Gründen vor den Särgen der Gefallenen.

Noch im selben Jahr erschien in einem Berliner Verlag das Buch „Gefangene Berliner auf dem Transport nach Spandau“ (heute im Besitz der Zentral- und Landesbibliothek Berlin). Darin sammelte der Autor und ebenfalls inhaftierte und nach Spandau getriebene Adalbert Roerdanz die Aussagen und Protokolle von 91 Betroffenen. Geschildert werden die Misshandlungen durch die Soldaten, aber auch die Schmähungen insbesondere der Charlottenburger und Spandauer Schaulustigen. Bewacht wurden die Inhaftierten von einem pommerschen Regiment, dessen Soldaten sich als besonders brutal herausstellten. Unklar ist, wie viele Gefangene auf dem Weg nach Spandau ihr Leben ließen. Immer wieder berichteten Augenzeugen von Menschen, die „todd zusammenbrachen“. Doch Hilfe zu leisten war

nicht möglich.

Die Beleidigungen und Schmähungen der Spandauer Bevölkerung werden als besonders heftig beschrieben. Auf der anderen Seite bot die Zitadelle einen gewissen Schutz. Die Gefangenen wurden hier nicht mit Bajonett- und Kolbenstößen misshandelt. In mehreren Berichten erscheint die Aussage, dass sich die Soldaten des pommerschen Regiments auf der Zitadelle nicht mehr trautes, die Gefangenen zu peinigen.

Die Berichte der Betroffenen zeigen, dass Spandau an den Vorkommnissen der



Märzrevolution 1848 beteiligt war. Die Bezirksverordnetenversammlung Spandau hat auf Antrag der GAL-Fraktion am 31. Oktober 2012 beschlossen (Drucksache 0420/XIX), dass sich der Bezirk ab sofort – 165 Jahre später – mit einem Kranz an der alljährlichen Gedenkfeier am 18. März vor dem Brandenburger Tor beteiligt. Darüber hinaus unterstützt die GAL-Fraktion die Forderung, den 18. März zu einem offiziellen, nationalen Gedenktag zu machen.

*Im Internet ist eine digitale Fassung des Buches unter folgendem Link hinterlegt:  
[http://opus.kobv.de/zb/volltexte/2011/10457/pdf/B\\_122\\_107.pdf](http://opus.kobv.de/zb/volltexte/2011/10457/pdf/B_122_107.pdf)*

# Unglaublich: Spandaus CDU erkennt Fluglärmproblematik in Tegel



Über den Wipfeln im Landeanflug auf Tegel Foto: Stachel

Eine kleine Überraschung ist ihnen zumindest gelungen: Mit der Forderung nach einer gerechteren Verteilung der Flugbewegungen auf die Flughäfen Tegel und Schönefeld hat die CDU-Fraktion in Spandau zu erkennen gegeben, dass sie die Problematik des Fluglärms nicht länger ignorieren kann. Der in der Sitzung der BVV am 23. Januar 2013 eingebrachte Dringlichkeitsantrag wurde auch von der GAL-Fraktion unterstützt. Schließlich greift die CDU damit eine seit Langem von der GAL geforderte Maßnahme zur Reduzierung des Fluglärms auf.

Dabei gehört die CDU genau wie die SPD zu den Berliner Parteien, die über die ständige Zunahme des Flugverkehrs begeistert sind. Nahezu jeder Monatsbericht der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH wird angesichts der steigenden Fluggastzahlen bejubelt. Schließlich sehen die Berliner Regierungsparteien Berlin in einer Reihe mit New York, London und Paris – mindestens. Die negativen sozialen und ökologischen Folgen des ungebremst zunehmenden Flugverkehrs werden von diesen Parteien ignoriert.

## GAL-Antrag mit gleicher

### Zielstellung schon im Oktober

Die GAL-Fraktion hatte bereits im Oktober 2012 einen Antrag mit einer sehr ähnlichen Zielstellung in die BVV eingebracht. Alle zum Sommerflugplan 2012 von Schönefeld nach Tegel verlagerten Flugbewegungen sollten wieder in Schönefeld abgewickelt werden. Hintergrund war, dass mehrere Fluggesellschaften nach Absage der für Anfang Juni 2012 geplanten BER-Eröffnung Flüge nach Tegel verlagert hatten. Dazu zählen z. B. Air

France und die Lufthansa-Tochter Germanwings. Während in Schönefeld Kapazitäten frei sind, platzt Tegel aus allen Nähten. In Schönefeld sank die Zahl der abgefertigten Passagiere 2012 leicht auf rund 7,1 Millionen; in Tegel stieg sie um über 7 Prozent auf mehr als 18,1 Millionen. Seit dem Mauerfall hat sich die Zahl der Fluggäste nahezu verdreifacht!

Der GAL-Antrag wurde im Oktober 2012 von nahezu allen Bezirksverordneten angenommen. Eine Reaktion der zuständigen Stellen steht noch aus.

### CDU-Antrag ist ein Plagiat

Neue Impulse der von der CDU offensichtlich abgekupfert Initiative gehen von dem neuen Antrag nicht aus. Bemerkenswert war, dass die CDU-Fraktion ihre Forderung als Dringlichkeitsantrag in die BVV einbrachte. Darunter sind Anträge zu verstehen, die erst durch aufgrund von nach dem 14. Januar 2013 bekannt gewordenen Sachverhalten gestellt werden konnten. Doch neue Nachrichten rund um die BER-Eröffnung gab es in diesem Zeitraum nicht: Die Dringlichkeit war ausschließlich auf einen nach dem 14. Januar 2013 getroffenen Beschluss des CDU-Landesvorstandes zurückzuführen, 50 der 300 täglichen Flugbewegungen

von Tegel nach Schönefeld zu verlagern – ein klarer Verstoß gegen die in der BVV üblichen Gepflogenheiten. Aufgrund der inhaltlichen Problematik und andauernden Aktualität hat die GAL-Fraktion dies nicht kritisiert. Interessant ist übrigens, dass die Spandauer CDU die konkrete Zahl der zu verlagernden Flüge nicht fordert, sondern lediglich eine „gerechtere Verteilung“.

### Mehr als 1000 Unterschriften für Petition der Alternativen Liste Spandau

Trotz des offensichtlichen Plagiats hat die GAL-Fraktion den aufgewärmten CDU-Antrag unterstützt. Der Fluglärm im Einzugsbereich von Tegel ist für die insbesondere in Spandau, Reinickendorf, Mitte und Pankow lebenden Berlinerinnen und Berliner ein ernsthaftes Problem. Ein Ende ist bekanntlich nicht in Sicht. Einen konkreten Eröffnungstermin für den neuen Flughafen BER gibt es nicht. Eine Ende August 2012 von der Alternativen Liste Spandau, Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen, ins Leben gerufene Petition wurde mittlerweile von mehr als 1000 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet.

Darin werden die zuständigen Stellen dazu aufgefordert, ein Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr einzuführen und die Zahl der Flugbewegungen in Tegel auf die tatsächlich vorhandenen Kapazitäten zu reduzieren.

Nach Ablauf der auch im Internet hinterlegten Petition werden die Unterschriften der zuständigen Senatverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt übergeben. Die berechtigten Erwartungen der Betroffenen im Berliner Nordwesten sind groß: Der jetzige Zustand darf sich nicht für mehrere Jahre fortsetzen. Fluglärm schadet der Gesundheit!

### Dringlichkeitsantrag der GAL-Fraktion vom Oktober 2012

#### FLUGBEWEGUNGEN IN TEGEL VERRINGERN

**Das Bezirksamt wird beauftragt, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die mit Inkrafttreten des Winterflugplanes am 28.10.2012 zusätzlich von Schönefeld nach Tegel verlegten Flugbewegungen wieder in Schönefeld abgewickelt werden.**

#### Begründung:

Allen Forderungen zum Trotz wird sich die Zahl der Flugbewegungen am Flughafen Tegel im Winter 2012/13 noch einmal erhöhen. Einer der Gründe ist die Verlagerung der Germanwings-Flüge von Schönefeld nach Tegel. Für die lärmgeplagten Anwohnerinnen und Anwohner, die in den Flugschneisen Tegels wohnen, arbeiten oder zur Schule gehen, ist die zusätzliche Belastung nicht zuzumuten.

Noch nie gab es so viele Flugbewegungen in Tegel wie im Sommer 2012. Zwischen Juni und September wurden über 6,8 Millionen Fluggäste gezählt – 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Der für die BER-Verspätungen mitverantwortliche Sprecher der Geschäftsführung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH, Prof. Dr. Rainer Schwarz, bedankte sich zwar zurecht bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Flughafen Tegel für die geleistete Arbeit. Die Anwohnerinnen und Anwohner in Spandau, Reinickendorf, Pankow und Mitte, die besonders stark unter dem Fluglärm leiden, waren ihm leider keine Silbe wert.

Die Zunahme des Flugverkehrs auf den Berliner Flughäfen ist ungleich verteilt. Im September 2012 stieg die Zahl der Flugbewegungen in Tegel um 2,8 %, in Schönefeld lediglich um 0,4 %. In Tegel wurden fast 16.000 Flüge abgewickelt, in Schönefeld knapp 6.800. Die von Schönefeld nach Tegel verlagerten Flüge sind daher umgehend wieder in Schönefeld abzuwickeln. Die Lärmbelastung muss gerechter verteilt werden.